

«Vereine müssen zusammenstehen»

USTER. Die Vereins-Initiative will durch Wegfall der Kosten für Miete von Hallen, Plätzen und Übungslokalen die Vereinskassen entlasten.

CHRISTIAN BRÜTSCH

«Einerseits unterstützt die Stadt die Vereine und nimmt andererseits Gelder von den gleichen Vereinen für Miete von Hallen und Plätze ein – das macht doch keinen Sinn», sagt Ruedi Gysi, Präsident von Pro Sport Uster. Er setzt sich im Namen der Dachorganisation für Sportvereine für die von der SP eingereichte Vereinsinitiative ein. Diese sieht vor, dass Vereinen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, die Gebühren für Hallen, Plätze oder Übungslokale erlassen werden.

Magere Unterstützung im Rat

Zahlen, wie viel Einnahmen der Stadt verlustig gehen würden, liegen nicht vor. «Wir rechnen mit 60000 Franken», meint Mitinitiant Balthasar Thalmann (SP). Dass diese Zahlen bislang nicht konkretisiert wurden, lastet er dem Gemeinderat an. Mit einer Befürwortung der Initiative im Rat wäre der Stadtrat verpflichtet gewesen, eine konkrete Vorlage mitsamt Kostenfolge auszuarbeiten.

«Im Rat waren nur wir von der SP und die Grünen dafür – und eine Stimme von der SVP», sagt Thalmann mit einem Seitenblick auf SVP-Mann Gysi. «Ich bin in einer verzwickten Lage», gibt dieser zu. Aber es gelte, ein Zeichen für die Jugend zu setzen. «Alle sprechen von Jugendförderung – diese Initiative ist ein Beitrag dazu», ist Gysi überzeugt.

Der Stadtrat stellte sich auf den Standpunkt, dass mit den kürzlich verabschiedeten «Richtlinien zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit der Ustermer Vereine» dem Anliegen Genüge geleistet worden sei. Nur, der diesen Richtlinien zu Grunde liegende Kredit ist lediglich auf drei Jahre ausgerichtet.

Namhafte Unterstützung

Für die Werbekampagne, die vor allem über Pro Sport läuft, konnten namhafte Ustermer wie Urs und Markus Ryffel oder Philippe Walter gewonnen werden. «Jetzt müssen wir die Vereinsmitglieder, die bereits stimmberechtigt sind, dazu bringen an die Urne zu gehen», so Gysi. Dabei sollen auch Vereine ein Ja in die Urne legen, die nicht direkt von der Vorlage profitieren können. Weiter will er «mit Einzelgesprächen» auf Stimmenfang im bürgerlichen Lager gehen.